

Neueste Nachrichten

Gelesenste und verbreitetste Tageszeitung der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.
Unparteiische, unabhängige Zeitung für Jedermann.

3 wochen-Preis: 15 Pf.
6 wochen-Preis: 30 Pf.
12 wochen-Preis: 50 Pf.
Einzelhefte 1 Pf.
Annoncen: 10 Pf. pro Zeile
Verleger: Carl Neubauer, Dresden, Poststr. 49.

3 wochen-Preis: 1,50 Mk.
6 wochen-Preis: 3,00 Mk.
12 wochen-Preis: 5,00 Mk.
Einzelhefte 1 Pf.
Annoncen: 10 Pf. pro Zeile
Verleger: Carl Neubauer, Dresden, Poststr. 49.

Als Confirmations-Geschenke
empfehle:
Remonteur-Uhren von Mk. 10,00,
Edelne Herren-Uhren von Mk. 14,00.

G. Smy,
gepr. Uhrmacher,
Moritzstr., Ecke König-Johann-Str.

Goldene Damen-Uhren von Mk. 24,00 an
Uhrketten in überraschender Auswahl zu ausfallend billigen Preisen. [10308]
Fähre nur die besten Fabrikate und leiste für jede Uhr eine streng reelle jährige Garantie.

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten.

Bei dem zum neuen Quartal eintretenden **Wohnungswechsel** machen wir unsere geehrten Leser wiederholt darauf aufmerksam, daß wir mit der **Dresdner Hansapost** eine Vereinbarung getroffen haben, wonach uns diesbezügliche schriftliche Mittheilungen, Beschwerden über unregelmäßige Zustellung unserer Zeitung, insbesondere auch Annoncen, unfrankirt zugesandt werden können.
Im Falle des **Wohnungswechsels** bitten wir den geehrten Leser, der Einfachheit halber sich des auf Seite 6 abgedruckten **Formulars** bedienen zu wollen.

den Unternehmern wie den Arbeitern gebient. Auch in Deutschland werden die Beispiele zahlreicher, daß in verschiedenen Gewerben eine kürzere Arbeitszeit gleichmäßig sowohl im Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter zu wünschen ist.
Verfüzung der Arbeitszeit und Verebelung der Gesellschaft müssen allerdings Hand in Hand gehen. Leider scheint aber gerade in den Großstädten nicht nur das „Schwighsystem“, sondern auch der Genuß berauschender Getränke sich immer mehr auszubreiten. So hat nach einer kürzlich in der medicinischen Academie in Paris gemachten Mittheilung in dieser Stadt der Genuß des für Moral und Gesundheit äußerst verderblichen Absynths sich in den Jahren von 1885 bis 1892 mehr als verdoppelt. Auch unsere schwarzen „afrikanischen Brüder“ haben bereits unter dem Fluß des Branntweins schwer zu leiden. Nach einer gegenwärtig in Belgien Aufsehen machenden Schrift sollen im Congo-Staat mehr Menschen durch den Alkohol als durch Krieg, Klima, Brand und Nord umgebracht werden. Man hat die Eingeborenen bereits daran an den Schnaps gewöhnt, daß sie vielfach nur noch arbeiten, wenn sie Schnaps erhalten. Oft werden sie selbst in Schnaps bezahlt; sie bekommen, wie jene Schrift betont, je nach ihren Leistungen 2, 3 und 4 Fiaschen täglich. Derartige „Culturthaten“ der Weißen sind geradezu verwerflich und müssen von jedem Menschenfreunde tief bedauert werden.

geführt. Dieser Tage hat die aus einigen Ministern bestehende „besondere Commission“, welche die Darlegungen der Reichscontrolle und die Entgegnungen Annenkows zu prüfen hatte, beschlossen, ihre Thätigkeit einzustellen, da General Annenkow durch Nichts die Reichscontrolle widerlegen könne. Von der Entscheidung des Kaisers wird es abhängen, ob General Annenkow, der berühmte Eroberer des Transkaspischen Gebietes sich vor dem Gerichte wird verantworten müssen.

Socialpolitische Umschau.

Es gibt keinen deutschen Erwerbszweig, an dessen Wurzeln die über das Reich dahinfahrenden socialpolitischen Stürme so heftig wehen, wie dies bei der Tabakindustrie der Fall ist. Bald drohte ihr das Monopol, bald die Erhöhung der Verbrauchssteuer. Der auf unsere gewaltigen Armeebedürfnisse gerichteten Finanzpolitik des Reiches soll der Tabak eine besondere Rolle spielen. Es mag ja auf den ersten Augenblick verlockend erscheinen, die vermehrten Kosten des Reiches auf eine Industrie abzuwälzen, die sich mit der Befriedigung nicht unbedingt notwendiger Bedürfnisse beschäftigt. Aber ganz abgesehen davon, daß es viele ähnliche überflüssige und noch schädlichere Bedürfnisse als den Tabak gibt, sollten die Kosten des verheerenden Steuerwessens vom ganzen Volke, in erster Linie von den steuerfähigsten höheren Klassen getragen werden. Die Gerechtigkeit spricht gegen das Herausgreifen einer einzelnen Industrie; aber noch wichtiger sind die socialpolitischen Gründe, welche von einer weiteren Belastung der Tabakindustrie dringend abzurufen. Nur mit Bitterkeit kann man daran denken, wie leicht von einzelnen Freunden der höheren Belastung des Landes in den bisherigen Erörterungen über dieselbe die notwendig werdende Entlassung von Tausenden unschuldiger Arbeiter herbeigeführt wurde. Augenscheinlich hat man in manchen Gesellschaften nur eine mangelhafte Vorstellung davon, was es heute heißt, Tausende, und darunter viele Familienväter, arbeitslos zu machen! Mit solchem Werk fördert man nicht die Verbesserung der Klassen, sondern die leidenschaftliche Verbitterung und den politischen Fanatismus.
Wie auf vielen socialpolitischen Gebieten, so hat England auch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und des Nothstandes die erste Unternehmung von größerem Umfange ins Werk gesetzt. An sämtliche Bürgermeister und Vorsitzende von Grafschaftsräthen des Landes ist eine amtliche Anfrage über den Umfang der Beschäftigungslosigkeit und ihre Folgen ergangen. Es sind hierauf 1194 Antworten eingelaufen, die 21 000 000 Menschen umfassen. Nach diesen Auskünften beträgt in 454 Ortsgemeinden mit 10 361 000 Menschen ein „außerordentlich“ Nothstand in Folge der starken Kälte. In 144 Orten mit 3 722 000 Menschen war der Nothstand lediglich auf Arbeitslosigkeit, auf das Darniederliegen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Beschäftigungen in der gegenwärtigen Jahreszeit oder auf örtliche Ursachen zurückzuführen. In 596 Gemeinden mit 6 797 231 Seelen herrschte „kein außergewöhnlicher“ Nothstand. Ehe aus diesen wenigen ganz allgemeinen Zahlen Schlüsse gezogen werden, müssen weitere eingehendere Mittheilungen abgewartet werden. Denn die neuesten Berichte vom März lauten schon ganz anders und berichten bereits von Zuständen, die immer ein Zeichen sind, daß in einzelnen großen Gewerben wieder größere Bestellungen vorliegen. Ein solcher drohender Kampf zwischen Arbeit und Capital und ein Zeichen lebenshaftiger Erholung ist die Arbeitsauslosung von 200 000 Schuharbeitern. Man will wieder einmal eine Kraftprobe versuchen. Derartige Versuche sind socialpolitisch äußerst verhängnisvoll, einerlei, wer als Sieger daraus hervorgeht. Die schmerzliche Schlichtung des Streites der Schuharbeiter mit den Unternehmern ist zuerst von einem Theil der ersteren und dann auch von den letzteren abgelehnt. Ueberhaupt scheint man sich unter dem verbitternden Einfluß der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in England von einer schiedsrichterlichen Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten immer mehr abzuwenden. Die kürzlich im englischen Unterhause eingebrachte Schiedsgerichtsbill wird sowohl von Arbeitgeberern wie von Arbeitnehmern scharf beanstandet.
Mehr Beifall als die Schiedsgerichtsbill findet das von der englischen Regierung dem Unterhause vorgelegte Fabrikgesetz, welches für Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen wirksamere Schutzbestimmungen einführen will. Es ist bemerkenswert, daß dieser Schutzentwurf die Arbeitszeit besonders deshalbs abkürzen will, um durch eine Beschränkung der Kräfteverschleuderung die Arbeitsfähigkeit zu erhöhen. Mit diesem Standpunkte ist sowohl

Russische Corruption.

Man ist in Rußland daran gewöhnt, daß, wenn Gott ein Amt, auch die nötigen Nebeneinkünfte giebt, allein selbst in dem von der schleichenden Corruption unterwühlten Rußland machen die Anklagen, welche gegen den Erbauer der Transkaspischen Eisenbahn, General Annenkow, erhoben werden, das allergrößte Aufsehen. Da es ein offenes Geheimniß war, daß der „General“ Annenkow bei dem Baue große Mißbräuche begangen hatte, wurde eine Untersuchungs-Commission eingesetzt, welche feststellte, daß Annenkow nicht nur während der Nothstandsarbeiten der Jahre 1892 bis 1894 sich einen außerordentlichen Vertrauensbruch hatte zu Schulden kommen lassen, sondern etwa 1 1/2 Millionen Rubel unterschlagen hatte. Das Annenkow zu ungenutzten wirthschaftlichen Arbeiten, war der Protection des damals allmächtigen Abasa zu danken, der mit der Schwester seines Schützlings gemeinamen Haushalten führte, und dem Bruder seiner Freundin gefällig sein wollte. Am 18. November 1891, in dem schweren Nothstandsjahr, wo weit über ein Drittel der bäuerlichen Bevölkerung Rußlands an Hungerterte starb, wurde der Generalleutnant Annenkow auf Abasas Betreiben zum Leiter der öffentlichen Nothstandsarbeiten ernannt. Ein besonderer Conseil, aus Abasa, Wjshnegradski und Durnowo bestehend, erzwang den kaiserlichen Befehl, daß für diese Nothstandsarbeiten ein nicht zurückzahlbares Staatscredit von zehn Millionen Rubel eröffnet wurde. Da es darauf ankam, für die Nothleidenden unerschöpflich Arbeit zu schaffen, eventuell auch unter Hintansetzung anderer Staatsinteressen, so wurden dem General Annenkow weitgehende Vollmachten erteilt. Unter den in Aussicht genommenen Arbeiten waren die bedeutendsten und zugleich diejenigen, bei welchen die meisten Mißbräuche vorkamen: der Bau von Elevatoren und Getreidepeichern, wofür über zwei Millionen Rubel bestimmt waren, der Bau der Chaussee Noworossisk-Suchum, auf zwei Millionen Rubel veranschlagt, und die Fällung von Holz in Kronswäldern und die Verarbeitung desselben. Schon im November 1892 war Dank der überaus eifrigen Thätigkeit Annenkows der Credit von zehn Millionen Rubel erschöpft, und Herr Annenkow kam darum ein, ihm für Fortführung der Waldarbeiten weitere Credite zu bewilligen. Er erhielt verschiedene Summen „selbstweise“. Als er aber im J. 1893 wieder 1 316 265 Rubel forderte, wurde eine Commission eingesetzt, welche fand, daß noch zwei Millionen Rubel notwendig seien, um in die Arbeiten Annenkows einige Ordnung zu bringen. Unter Anderem waren z. B. Cautionen „verausgabt“ worden. Alles in Allem hatte inzwischen die Krone für die öffentlichen Arbeiten etwa 14 1/2 Millionen Rubel bezahlt. Am 9. August 1893 erfolgte der Befehl, unverzüglich die Rechenschaftsberichte Annenkows nachzuprüfen. Es wurden aber nur aus 3 (!) Gouvernements die Kassendbücher vorgelegt, obwohl Herr Annenkow die öffentlichen Arbeiten in 22 Gouvernements leitete. Seine Erklärung, daß die übrigen Kassendbücher den Gouverneuren und Controlhöfen übergeben wären, erwies sich als unwar; 21 Controlhöfe konnten den Nachweis führen, daß sie die betreffenden Bücher nicht erhalten hatten. Eine technische und materielle Rechenschaftslegung ist auch bis heute noch nicht erfolgt, ausgenommen für drei Gouvernements. Am 7. Januar 1894 theilte der Minister des Innern Herrn Annenkow den allerhöchsten Befehl mit, daß die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten und ihre Agenten die Rechnungen sofort zu schließen hätten, daß alle vorhandenen Baargelder in die Kronskassen abzugeben und weiter einlaufende Zahlungen nur den Kassen des Finanzministeriums zu leisten sind. Annenkow übermittelte diesen Befehl seinen Agenten erst am 7. Februar und gab der Liquidations-Commission keine Liste seiner Agenten, so daß die Kasse der Gouverneure in Anspruch genommen werden mußte, um die Agenten zu ermitteln und sie zur Gelddarstellung an die Krone anzuhalten. Herr Annenkow selbst fuhr fort, Kronsgelder im Januar, Februar, März hindurch ganz ruhig einzuziehen und zum Theil für seine persönlichen Bedürfnisse zu verwenden. Zur Erklärung dessen antwortete Annenkow der Liquidations-Commission, daß er für Arbeiten im Solotischlasker Forst aus eigenen Mitteln — 21 115 Rubel 89 Kopcken zugelegt habe. Die Unwahrheit dieser Angabe wurde ihm nachgewiesen, worauf der verstorbene Zar Alexander III., dem die Erklärungen Annenkows unterbreitet wurden, zu denselben am Rande des Schriftstückes: „Das ist einfach falsch!“ niederschrieb. Die Untersuchung gegen General Annenkow wurde auch unter Nikolaus II. fort-

Deutschland.

Der Kaiser bestätigte das auf Freisprechung lautende Urtheil des Kriegsgerichts, betreffend den Major Schulze-Klosterfeld in be-
Sehen des Willens des Reichskanzlers Grafen Caprivi, so enthält die „Nation“, hat der Kaiser im Jahre 1892 darauf bestanden, daß jene Schriftstücke seitens der deutschen Regierung nach Wien gesandt wurden, welche dort jede offizielle Delegation für den Fürsten Bismark bei Gelegenheit seiner Anwesenheit zur Hochzeit des Grafen Herbert Bismark in Wien verhinderten.
Die socialdemokratische Reichstagsfraction hat, wie Berliner Blätter schreiben, die Absicht nicht aufgegeben, die Tagesordnung des Kaisers an den Fürsten Bismark im Reichstage zur Sprache zu bringen. Man beabsichtigt nach den Osterferien bei der zweiten Lesung der Umsturzvorlage auf diese Angelegenheit zurückzukommen.
Der erste Vicepräsident des Reichstags, Abg. Schmidt-Eberfeld wird, wie die Freis. Ztg. mittheilt, der Einladung zu der Tafel bei dem Kaiser am 1. April nicht Folge leisten. Die V. R. N. bemerken dazu: „Wenn sich die Nachricht bestätigt, so würde dieser „Männerstolz vor Königsthronen“ nur den erneuten Beweis dafür liefern, daß die Unversöhnlichen in ihrem blinden Haß und ihrer eitlem Charakterlosterie selbst die elementarsten Pflichten der Artigkeit verletzen.“ Das „Neue Wiener Journal“ beschäftigt sich mit dem Empfang und der Einladung des Reichstagspräsidenten zu dem Festdiner zu Ehren Bismarks in einem „Die Diner-Fälle“ überschriebenen Artikel, in dem es u. A. heißt: „Kaiser Wilhelm bemüht sich nun auch als Humorist. Es ist entschieden ein Lustspiel, wie aus dem Kopfe eines Sardou, nicht aber aus dem eines deutschen Fürsten entspringen, jemandem mit guten Willen eine bittere Pille mitzuschlucken zu lassen. Wenn wir diese Einladung ihres politischen Charakters entkleiden, so zeigt sich eine Situation ähnlich der, in welcher sich ein geschiedener Mann befindet, der einem Diner bei einem Vorgesetzten betheiligen muß, wobei dieser ein Hoch auf des Gastes verfallene — Schwiegermutter ausbringt. Man denke, mit welchen Gefühlen der Unglückliche des verhängnisvollen Momentes harret, da er sein Glas auf das Wohl der Schwiegermama leeren muß. Er kann sich dem nicht enthalten, denn er weiß, der gestrenge Chef blüht auf ihn und freut sich satanisch des widerwilligen Hochs, das sich aus der gepreßten Brust seines Gastes löst, den er so schlau in die Diner-Fälle gelockt hat. Kaiser Wilhelm ist auf einen durschloßen Einfall gekommen, wie dem Reichstagspräsidenten den abgeleiteten Glückwunsch zu vergeten. Ihr wollt Bismarken nicht ehren; Ihr sollt und müßt! Ich soll Euch empfangen, aber mir graut davor. Nun, Euer Empfang soll zur Bismark-Ehrung werden.“ Und so wählte er die in der politischen Etiquette bisher noch nicht dagewesene Form des Empfanges beim Diner — notabene Bismarken-Diner — wie man etwa Handlungstreibende zwischen Braten und Wechspeise abthut. Die Thäre des Speisesaales soll zum laubindischen Joch werden.“
Ueber die deutsch-russischen Beziehungen wird der „Kön. Volksztg.“ aus Berlin geschrieben:
„Einige Blätter „dementiren“ unsere Mittheilungen über das Zerreißen des Drahtes zwischen Deutschland und Rußland. Bis jetzt sind alle großen politischen Verschiebungen in der Zeit ihres Entstehens von offiziellen Behörden stets abgeleugnet worden. Als der Dreieund schon zu Stande gekommen war, wurde die Nachricht noch eben so kräftig dementirt wie die andere über das Aufheben des Drei-Kaiser-Bundes. Unsere Mittheilungen ruhen auf der sichersten Grundlage. Es ist absolut unwar, daß Graf Osten-Sacken, wie die „Post“ berichtet, hier „von vorn herein als genehmigter“ habe. Er ist hier nicht genehm und wird es niemals werden; wenn man ihn nicht ablehnt, so ist es in Ermangelung besserer Aussichten geschehen. Die „Nat.-Ztg.“ behauptet, General Richter sei von hier aus nicht gewünscht worden. Ja, man spricht solche Wünsche eben in der Form von „Anschuldigungen“ aus, so daß sie immer wieder desavouirt werden können. Hier wird ganz bestimmt behauptet, Graf Herbert Bismark sei vor dem Abschiede v. Werders in St. Petersburg als Vorkaiser präsentirt, aber vom Jaren raud abgelehnt worden. Das der Draht zerrissen, ist nicht mehr zu bezweifeln.“
Die dem Fürsten Bismark nachstehenden Berliner „R. N.“ bezeichnen dem gegenüber die Behauptung, daß Graf Herbert Bismark als Vorkaiser in Petersburg präsentirt worden sei, als „absurde Unwahrheit“; „ganz abgesehen davon, ist in allen unterrichteten Kreisen zur Genüge bekannt, daß Graf Bismark an den Wiedertritt in den Dienst zur Zeit nicht denkt.“
Zur Wippischen Erbfolgefrage. Die „Wipp. Vanbedstg.“, die im Fürstenthum großen Einfluß hat, tritt offen und entschieden für den Grafen Ernst zur Wippe-Bieserfeld gegenüber dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe ein. Auf die Stimmung im Fürstenthum gestützt der Empfang, der dem Grafen Bernhard zur Wippe-Bieserfeld und dem Grafen Friedrich Wilhelm zu Bieserfeld, dem Sohn und Bruder des Grafen Ernst, bereitet wurde, als sie zur Beilegung des verstorbenen Fürsten Woldeemar nach Detmold kamen, einen Rückschlag. Der „Köln. West.-Ztg.“ wird hierüber aus Detmold geschrieben:
„Wie ich erst heute erfahre, gestaltete sich die Reise der erlauchten Grafen Bernhard und Friedrich Wilhelm zur Wippe-Bieserfeld am Sonnabend zu einer wahren Triumphfahrt. Auf allen Bahnhöfen unseres Landes hatten sich große Menschenmengen eingefunden, die dem Vertreter des Grafen Thronfolger stürmische Ovationen darbrachten: Ueberall begeisterte Hurrahrufe, Hut und Lächerlichkeiten. Als Graf Bernhard in Schötmar zum Fenster hinaus antwortete: Ja, auf Bieserfeld, wir kommen wieder“, kannte die Begeisterung keine Grenzen; ein neuer Beweis, wie tief die Sympathien für die Bieserfelder Linie, der die Schaumburger mit Unrecht das Thronfolgerrecht streifen machen, im Lande gehen!“
Die Entscheidung über die Ansprüche der verschiedenen Linien liegt in erster Linie bei dem am 6. April zusammentretenden Wippischen